STADT PULHEIM
DER BÜRGERMEISTER

Vorlage Nr.: **50/2026**
Aktenzeichen: **III / 26**

Mitteilungsvorlage

Gremium	TOP	ö. Sitzung	nö. Sitzung	Termin
Ausschuss für Liegenschaften und Hochbau		**X**		**19.02.2026**

Betreff

Sachstand zu Antrag der FDP-Fraktion vom 20.06.2025 zur Realisierung der Schulneubauten auf der Reiherwiese im PPP-Modell

Mitteilung

In der Sitzung des Ausschusses für Liegenschaften und Hochbau am 20.11.2025 wurde die erneute Vertagung der Beratung über den Antrag der FDP (vom 20.06.2025) zur Realisierung der Schulneubauten auf der Reiherwiese im PPP-Modell mit der dazugehörigen Beschlussvorlage der Verwaltung (233/2025 2. Ergänzung) in die erste Sitzung im Jahr 2026 (19.02.2026) beschlossen.
Die Sozial-Liberale Fraktion hat in diesem Zusammenhang gebeten, die Kollegen des Rhein-Erft-Kreises zur Sitzung am 19.02.2026 einzuladen, um von deren Erfahrung zu PPP-Projekten berichten zu lassen. Zudem fehlte der CDU-Fraktion in der Beschlussvorlage 233/2025 2. Ergänzung noch eine Gegenüberstellung von PPP-Vergaben und Generalübernehmer/ Generalunternehmer-Vergaben (GÜ/GU-Vergaben).

Im Nachgang der Sitzung vom 20.11.2025 hat die Stadtverwaltung zu den Hauptakteuren des Rhein-Erft-Kreises im PPP-Projekt Berufskolleg in Bergheim bezüglich einer Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Liegenschaften und Hochbau Kontakt aufgenommen. Im Ergebnis wurde eine Einladung sowohl für die Sitzung des LHA am 19.2.26 als auch für die Sitzung am 23.4.26 abgelehnt und ein Vortrag grds. in Frage gestellt. Die Beantwortung vorher bekannter Fragen in der Sitzung ist möglich, allerdings frühestens in der Sitzung am 16.7.26.

Um der Anmerkung der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage 233/2025 2. Ergänzung hinsichtlich der fehlenden Gegenüberstellung von PPP-Vergaben und GÜ/GU-Vergaben gerecht zu werden, schlägt die Verwaltung vor auch hierfür einen fachkundigen Experten zu dem Thema in der Sitzung des Ausschusses für Liegenschaften und Hochbau vortragen zu lassen. Die Verwaltung hat demgemäß bereits Anfragen an verschiedene unabhängige kommunale Beratungsagenturen (u.a. KommunalAgentur NRW und PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH) gesendet. Kommunale Beratungsagenturen verfügen über langjährige Erfahrung mit alternativen Beschaffungsvarianten wie PPP oder auch GÜ/GU-Vergaben und können hier eine gute Einschätzung zu den Chancen und Risiken der verschiedenen Varianten geben.
Leider stehen derzeit noch die Rückmeldungen der Agenturen aus, so dass ein Vortrag in der Sitzung des Ausschusses für Liegenschaften und Hochbau am 19.02.2026 unter Berücksichtigung der Einhaltung der Fristen für Sitzungsvorlagen nicht mehr möglich ist.